

Vortrag an den Ministerrat betreffend den ECOFIN (Budget) vom 16. November 2016

Am 16. November 2016 hat mich Botschafter Walter Grahammer bei den Verhandlungen zum EU-Haushalt 2017 im Rahmen des ECOFIN-BUDGET vertreten. Diese Verhandlungen dienten der Vorbereitung der anschließend durchgeführten Sitzung des Vermittlungsausschusses. Das Europäische Parlament (EP) hatte im Zuge des Haushaltsverfahrens die Stellungnahme des Rates zum Europäischen Haushalt 2017 abgeändert, weshalb gemäß Vertrag von Lissabon der Vermittlungsausschuss, bestehend aus Vertretern von Rat und EP unter Mitwirkung der Europäischen Kommission (EK) einberufen werden musste, um einen gemeinsamen Entwurf für einen Kompromiss zu verabschieden.

Das Europäische Parlament und der Rat konnten sich im Rahmen dieser Sitzung auf einen EU-Haushalt für 2017 iHv. 157,857 Mrd. EUR an Verpflichtungsermächtigungen (VE) und 134,490 Mrd. EUR an Zahlungsermächtigungen (ZE) einigen. Die Margen der Rubriken 3 und 4 wurden dabei vollständig ausgenutzt. Insgesamt verbleibt in 2017 durch Inanspruchnahme der Sonderinstrumente (Flexibilitätsinstrument, Globale Marge für Verpflichtungen und Contingency Marge) eine VE-Marge von 1,1 Mrd. EUR. In ZE beträgt diese Marge 8,4 Mrd. EUR. Der damit gefundene Kompromiss liegt deutlich unterhalb der ursprünglichen Forderungen des Europäischen Parlaments und reflektiert gleichzeitig die Forderungen des Rates nach budgetären Spielräumen für unvorhergesehene Ereignisse in 2017.

Im Zuge der Verhandlungen zwischen Rat und Europäischem Parlament kristallisierten sich die bereits im Rahmen des Review zum Finanzrahmen 2014-2020 diskutierten Mittelaufstockungen für bestimmte Programme (top ups) in Rubrik 1a, weitere Mittel für die Jugendbeschäftigungsinitiative (YEI), sowie zusätzliche Stellen für das EP als die wesentlichen Problempunkte heraus.

Die Programme COSME, CEF-Transport, Horizon 2020 und Erasmus+ werden zur Erfüllung der Forderung des EP als top up nun mit jeweils +50 Mio. VE zusätzlich dotiert (gegenüber dem EK-Haushaltentwurf), in Summe also +200 Mio. EUR. Zu deren Finanzierung wird die EK im Laufe der HH-Jahre 2017-2020 Umschichtungen vorschlagen.

Das Programm YEI (Jugendbeschäftigungsinitiative) wird im Sinne des EP in 2017 mit 500 Mio. VE dotiert und aus der seit 2014 ungenutzten Gesamtmarge für Verpflichtungen finanziert, die im laufenden Finanzrahmen außerhalb der Obergrenze für Wachstum und Beschäftigung verwendet werden kann.

Die ursprüngliche Forderung des EP nach 76 zusätzlichen Planposten für politische Gruppen wurde auf Betreiben von Österreich schließlich fallen gelassen. Diese Posten müssen nunmehr durch Personalumschichtungen realisiert und haushaltsneutral finanziert werden.

Zur weiteren Vorgehensweise: Auf Grund des fehlenden Quorums am 16. November 2016 wird der Rat seinen Standpunkt als A-Punkt im Rat Wettbewerb am 29. November 2016 verabschieden, das EP diesen am 1. Dezember 2016 im Plenum bestätigten.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

30. November 2016

Der Bundesminister:

Dr. Schelling